

Wien, am 21. September 2017

## **PRESSEINFORMATION**

### **VII: Mietdeckelung bringt Vorsorgewohnungen in Gefahr Tausende Wohnungen werden dem Mietmarkt entzogen**

Wien: Jeder, der mit Immobilien und Investitionen zu tun hat, weiß, dass eine Vielzahl an Mietwohnungen nur deshalb am Markt angeboten wird, weil der Österreichische Mittelstand in diese Wohnungen investiert hat, der damit eine bescheidene Rendite erzielen will, um eine Pensionsvorsorge aufzubauen. Würde eine Mietdeckelung, wie sie die Sozialdemokraten vorschlagen, zum Tragen kommen, würden keine Vorsorgewohnungen mehr gebaut werden. Jene, die aber schon eine Wohnung im Eigentum haben und damit rechnen, nach Ablauf von 20 bis 30 Jahren, wenn ihre Kredite zurückgezahlt sind, damit ihre Pensionslücke füllen zu können, würden erhebliche Einbußen erleiden und mit hohen steuerlichen Nachzahlungen zu rechnen haben. „Das sind nicht die viel gescholtenen „Reichen“, sondern der von allen umgarnte Mittelstand, der mit 30 bis 40 Jahren für seine Pension vorsorgen will“, erläutert Dr. Wolfgang Louzek, Präsident des Verbandes der Institutionellen Immobilieninvestoren. Das Finanzamt verlangt nämlich bei jeder "Vorsorgewohnung" eine Prognose-Rechnung darüber, dass die Investition sich "rechnet", d.h. nicht als Liebhaberei eingestuft wird. Bei einer Mietreduzierung bricht das ganze System zusammen und hätte enorme Auswirkungen auf die privaten Vermieter. Es würden hohe Steuernachzahlungen auf sie zukommen. Auch die dringend notwendige dritte Säule der privaten Pensionsvorsorge würde nicht mehr werthaltig sein. Wer das will, hat leider bis heute nicht verstanden, dass es auch die privaten Investitionen des Mittelstandes sind, die maßgeblich Mietobjekte auf den Markt bringen. Dass durch eine Mietdeckelung auch der Verkehrswert der Wohnung fallen würde, hat auch für Banken Auswirkungen, da tausende Wohnkredite notleidend werden würden und die Banken zu Wertberichtigungen gezwungen wären.

„Die Politik ist aufgefordert endlich mit diesen populistischen Falschinformationen, zwecks Panikmache und Stimmenoptimierung, aufzuhören und jeden, der sich gegen die Mietdeckelung mit gutem Grund ausspricht, als Immobilienspekulant oder Unterstützer der „Reichen“ zu diffamieren“, fordert Louzek, der einen Dialog mit fachlicher Kompetenz und Hausverstand von der zukünftigen Regierung einfordert.

Fotonachweis: Dr. Wolfgang Louzek, Präsident VII  
Fotograf Richard Tanzer

Rückfragehinweis: Mag. Karin Keglevich-Lauringer  
Schriftführerin des VII  
Special Public Affairs PR-Beratung & Lobbying GmbH  
Goldschmiedgasse 8/8, 1010 Wien  
Tel +43 1 532 25 45 10, +43 664 3380834  
Email: keglevich@spa.co.at